



Bundesministerium
der Verteidigung

-1880020-V620-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andrej Hunko
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Markus Grübel

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22400

FAX +49 (0)30 2004-22441

E-MAIL BMVgBueroParlStsGruebel@BMVg.Bund.de

Berlin, 8. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf Ihre Schriftliche Frage 6/1,

„Welche Vertrags- und Preiskonditionen enthält das am 9. November 2016 bei der Bundeswehr eingegangene und zwischenzeitlich endverhandelte Angebot des Rüstungskonzerns Airbus als Hauptauftragnehmer für die als Übergangslösung zu beschaffenden Kampfdrohnen systeme „Heron TP“, was die Bundesregierung nicht vor dem Urteil des Oberlandesgericht Düsseldorf vom 31. Mai 2017 veröffentlichen wollte (meine Schriftliche Frage 5/5, Nachlieferung des BMVg unter <http://gleft.de/1ld>; bitte die Gesamtkosten beschriebener Szenarien sowie Einzelpreise für Luftfahrzeuge, Bodenstationen, Satellitenkapazität zur Datenübertragung, Ausbildung, Betrieb im Einsatzland sowie sonstige Posten angeben), und welche weiteren Schritte wird die Bundesregierung nach positivem Votum des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Beschaffungsverfahren unternehmen?“

eingegangen beim Bundeskanzleramt am 1. Juni 2017, teile ich mit:

Auf Ihre Schriftliche Frage 11/81 wurde am 22. November 2016 bereits eine Aufteilung, bzw. eine grobe Kostenstruktur (Aufteilung auf Luftfahrzeuge, Bodenstationen, etc.) übermittelt (vgl. Bundestagsdrucksache 18/10443, Nr. 42).

Diese Kostenstruktur ist die Grundlage für den endverhandelten Vertragsentwurf. Die Entscheidung der Vergabeart wurde in einem Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf ausführlich geprüft. Der Vergabesenat hat am 31. Mai 2017 entschieden, dass die Bundeswehr rechtskonform gehandelt hat und insofern das System HERON TP wie geplant beschaffen darf.

Auf Ihre Schriftliche Frage 5/135 wurde Ihnen am 26. Mai 2017 mitgeteilt, dass die Bundesregierung bereits Verhandlungen mit dem Staat Israel über eine sog. „Government - to - Government“ Regierungsvereinbarung komplementär zum vorgenannten Industrievertrag geführt hat (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12502, Nr. 29). Diese Vereinbarung ist unterschriftsreif.

Unter Bezugnahme unter anderem auf die Beantwortung Ihrer Schriftlichen Frage 5/5 vom 9. Mai 2017, werden die parlamentarischen Gremien noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2017 mit der entsprechenden 25 Mio. € -Vorlage befasst (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12322, Nr. 76). In dieser Vorlage werden dann auch die nachgefragten Vertrags- und Preiskonditionen des Industrievertrages und der Regierungsvereinbarung detailliert dargestellt werden.

Die Vorlage befindet sich derzeit noch in der gemeinsamen Ressortabstimmung. Ziel ist es, diese den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages in Kürze zuzuleiten. Nach positivem Votum des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages sollen der Industrievertrag und die Regierungsvereinbarung unterzeichnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Gröbel'. The signature is stylized with a large, circular loop at the end.

Markus Gröbel